

Analyse

Giannis Stournaras Der griechische Finanzminister erntet Anerkennung von seinen EU-Kollegen. *Von Christiane Schlötzer*

Asketische Züge

Sein Land höre nie auf, ihn zu überraschen - zum Beispiel mit Vorschriften zum Schutz von Klientel-Interessen, «wie man sie nicht mal in Kuba» erwarten würde. So unverblümt redet der Mann, der Griechenlands Haushalt sanieren soll. Vor fünfeneinhalb Monaten hat Giannis Stournaras den undankbaren Job als griechischer Finanzminister übernommen. «Aus patriotischer Pflicht», wie er dem TV-Sender Skai sagte. «Ich werde tun, was mein Gewissen und die Rettung des Landes mir diktieren.»

Stournaras leitete vor seiner Berufung das renommierte Wirtschaftsforschungsinstitut Ifo in Athen. Der 56-Jährige hat keine politische Lobby. Mit Premier Antonis Samaras teilt er das Credo, dass die Privatisierung von Staatsbetrieben nötig ist. Mit seinen ersten Entwürfen zur



Steuerreform brachte Stournaras alle Parteien der Regierungskoalition - Konservative, Sozialisten und gemässigte Linke - gegen sich auf. So musste er das Gesetz wieder entschärfen. Gestern präsentierte er das Resultat seinen Kollegen der Eurogruppe: Es gibt jetzt nur eine kleine Reform und 2013 eine zweite. Damit ist niemand so recht glücklich, auch die griechischen Unternehmer nicht, weil die Unsicherheit fortdauert.

Der schlanke, asketisch wirkende Stournaras verlangt sich selbst das Äusserste ab. Im Oktober musste er «wegen Erschöpfung», wie es hiess, in einer Klinik behandelt werden. «Burn-out nicht nur beim Geld», spottete ein Blogger. Später wurde eine schwere Grippe als Grund für den kurzen Ausfall angegeben. Selten erzählt er Privates. Im Interview mit Skai aber verriet er, dass seine im Ausland lebende

Tochter ihn gefragt habe, ob sie mit ihrem Mann ein Haus kaufen könne. «Unmöglich», habe er ihr gesagt. Er wolle nicht, dass seine Familie Geld ins Ausland transferiere. So habe er der Tochter gesagt, sie müsse «zur Miete leben, bis die Krise vorbei ist». Da war er noch nicht Finanzminister.

In dieser Funktion treibt er ein lange verzögertes Steuerabkommen mit der Schweiz voran, das die Besteuerung von Konten dort erlauben soll. Die Kontenbesitzer würden anonym bleiben. Ob die Verhandlungen mit Bern noch vor Jahresende abgeschlossen werden, wie sich Stournaras wünscht, ist unklar. Danach muss das Parlament in Athen dem Abkommen noch zustimmen - und dort gibt es auch Leute, denen es ganz recht ist, wenn es noch etwas länger dauert.

Stournaras, der in Athen und Oxford Wirtschaftswissenschaften studierte, hatte schon einmal einen wichtigen

Regierungsposten: An den Verhandlungen über den Beitritt Griechenlands zur Eurozone nahm er als Chefberater des damaligen sozialistischen Regierungschefs Kostas Simitis teil. Dass Athen damals die Zahlen schönete, bestreitet er entschieden.

Als Finanzminister will Stournaras auf jeden Fall genau wissen, ob die Sparziele eingehalten werden. Monatlich soll das künftig überprüft werden. Er will nicht noch einmal in letzter Minute vor Gesprächen mit den Eurofinanzministern erfahren, dass das Defizit im Gesundheitsbereich «um eine Milliarde höher ist als angenommen». Ein Frühwarnsystem werde so etwas verhindern, sagt Stournaras.

Stolz ist er darauf, dass er von seinen EU-Kollegen bereits Anerkennung für das bisher Geleistete bekommt. Sie haben gestern grünes Licht für die nächsten Milliardenhilfen an Griechenland gegeben.

Replik Eine freiwillige Milizarmee ist das einzig Richtige.

*Von Matthias Aebischer**

Armee ohne Leerlauf

Die Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» will nicht, wie das die Rechte gebetsmühlenartig erklärt, die Armee abschaffen, und sie fordert auch keine Berufsarmee. Sie würde vielmehr den Weg für eine freiwillige Milizarmee ebnen. Dies ist das einzig Richtige, gesellschaftlich und auch wirtschaftlich gesehen.

Meine militärische Laufbahn hat sich auf die Rekrutenschule und einige Wiederholungskurse als Soldat beschränkt. Schon vor 20 Jahren wollten viele gesunde und intelligente Männer nicht mitmachen bei dieser Armee. Zu gross war der Leerlauf, zu häufig gab es sinnlose Gefechtsübungen. Mit dem Fall der Mauer war zudem der böse Feind aus dem Osten abhandengekommen.

Diese Orientierungslosigkeit der Armee ist heute immer noch zu spüren. Viele für eine Armee bestens qualifizierte Männer wählen deshalb den Zivildienst, der anderthalbmal so lange dauert wie der Armeedienst. Oder sie versuchen, auf dem «blauen Weg» von der Armee loszukommen: Auch topfte Spitzensportler schaffen es immer wieder, sich mithilfe eines ärztlichen Attests vom Militärdienst zu befreien. Einer bundesrätlichen Botschaft ist zu entnehmen: Nur 45 Prozent der Stellungspflichtigen leisten ihre Dienstpflicht heute vollständig.

Das ist nicht gut. Die Stimmbürgerinnen und -bürger können es ändern, indem sie die Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» annehmen.

Der «Tages-Anzeiger» erklärte vor zwei Tagen, es würden sich wohl kaum genug Freiwillige melden. Und wenn doch, hätte es wohl viele Abenteuerer und Personen darunter, die im zivilen Leben nicht die besten Perspektiven hätten. Diese Angst spricht nicht für die Qualität der Schweizer Armee.

Um einen Bestand von rund 60 000 Mann und Frau zu sichern, müssten jährlich bloss 3000 Freiwillige gefunden werden. Das sollte bei einer gesunden Armee mit sinnvollen Ausbildungsprogrammen und soliden Führungsstrukturen nun wirklich kein Problem sein.

** Matthias Aebischer ist SP-Nationalrat des Kantons Bern und ehemaliger Radfahrer-Soldat.*

Zentralbanken An der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich wird die Grundlage der weltweiten Geldpolitik gelegt. *Von Philipp Löpfel*

Die Basler Runde

Seit dem Ausbruch der Krise sind die Zentralbanker eine Art globale Schattenregierung geworden. Würde das US Federal Reserve System (Fed) nicht im grossen Stil Staatsanleihen und verbrieft Hypotheken aufkaufen, wäre die Arbeitslosenquote in Amerika längst in den zweistelligen Bereich geklettert. Mario Draghi, dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), ist es zu verdanken, dass an der Anleihefront zumindest vorübergehend Ruhe eingekehrt ist. Ohne den eisernen Willen der Schweizerischen Nationalbank (SNB), den Franken nicht unter 1.20 gegenüber dem Euro fallen zu lassen, hätte in der Schweizer Exportindustrie eine Massentlassungswelle stattgefunden.

Unbekanntes Terrain

Ob Fed, EZB oder SNB - alle beschreiten heute unkonventionelle Wege und begeben sich dabei auf unbekanntes Terrain. Sie sind dabei auf sich allein gestellt. Zentralbanker können ihre Absichten nicht öffentlich diskutieren. Jede ihrer Äusserungen wird seziert, analysiert und auf ihre möglichen Auswirkungen auf die Finanzmärkte interpretiert. In den USA gibt es gar professionelle Fed-Watcher, hoch dotierte Ökonomen, die im Auftrag von Banken jeden Schritt von Ben Bernanke und seinem Stab unter die Lupe nehmen. Was also macht ein Zentralbanker, der seine Probleme unter seinesgleichen ungestört diskutieren will? Er geht nach Basel.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) wurde 1930 gegründet. Ihr ursprünglicher Zweck bestand darin, für einen geordneten Ablauf der deutschen Reparationszahlungen an die Siegermächte zu sorgen. Heute ist die BIZ eine Art Denkfabrik der Zentralbanken. Ihr zylinderförmiger Hauptsitz liegt gegenüber dem Basler Hauptbahnhof. Alle zwei Monate treffen sich dort ein Dutzend nicht mehr ganz junge Männer in einem Speisesaal, der von den beiden Stararchitekten Herzog und de Meuron gestaltet wurde. Es handelt sich um keine gesellige Runde, sondern um ein Spitzentreffen der Zentralbanker. «An den sonntäglichen Dinern, die oft länger als drei Stunden dauern, können sie über dringende Probleme der Weltwirtschaft mit den zuständigen Autoritäten sprechen», schreibt das «Wall Street Journal». «Zu den Gästen gehören der Chef des Fed, der Bank of England, der Bank of Japan und die Zentralbanker von Indien, China, Mexiko, Brasilien und ein paar anderen Ländern.»



Der Hauptsitz der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel. Foto: Keystone

Alle zwei Monate treffen sich ein Dutzend Notenbanker in Basel sonntags zum Abendessen.

In dieser Runde treffen Männer aufeinander, die sich schon lange kennen. Ben Bernanke und Mario Draghi haben beide am Massachusetts Institute of Technology (MIT) doktoriert und sind dabei von Professoren wie Mervyn King und Stanley Fischer betreut worden, dem Leiter der englischen bzw. israelischen Zentralbank. Das MIT war in den 80er-Jahren die Brutstätte neuer Ideen in Ökonomie und Geldpolitik. Leute wie der Nobelpreisträger Paul Krugman und der IWF-Chefökonom Olivier Blanchard studierten damals hier. «Viele Ökonomen verliessen das MIT in der Überzeugung, dass die Regierung helfen kann, die Wogen der wirtschaftlichen Abschwünge zu glätten», so das «Wall Street Journal».

Heute werden diese Ideen unter Begriffen wie «Quantitative Easing» in die Realität umgesetzt. Neuerdings wird

auch die altbewährte Politik der Inflationsbekämpfung infrage gestellt. Nicht mehr die Teuerung soll Richtschnur der Geldpolitik sein, sondern das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Nicht alle sind darüber glücklich. Es hagelt Kritik von links und rechts.

Shinzo Abe, der am Sonntag wahrscheinlich zum neuen japanischen Premierminister gewählt wird, hat bereits angekündigt, dass es sein oberstes Ziel sein werde, die Notenbank an die Kandare zu nehmen. Er ist der Meinung, dass die Bank of Japan eine zu rigide Geldpolitik betreibt und der zu starke Yen die japanische Wirtschaft ruiniert. Das Fed in den USA wiederum ist seit langem unter Beschuss der Rechten, weil es angeblich eine zu lockere Geldpolitik verfolgt. Der gescheiterte Präsidentschaftskandidat Mitt Romney hatte im Wahlkampf gar die Absetzung von Fed-Präsident Bernanke versprochen. Auch in der Schweiz beäugen konservative Kreise die Frankenpolitik der SNB misstrauisch. In der Affäre Hildebrand hat Christoph Blocher gar die Unabhängigkeit der Notenbank infrage gestellt. Vielleicht ist also bald Schluss mit den dreistündigen Dinern in Basel.

Zentrumslasten Die armen Städte und ihre teuren Bauten

Von René Lenzin

Darf es auch mehr kosten?

Man mag es nicht mehr hören: Die armen Städte klagen über ihre Zentrumslasten und darüber, keine Stimme im (ländlichen) Umland und in Bundesbern zu haben. Mehr Geld fordern sie, mehr Mitsprache, ja gar eine eigene Vertretung im Ständerat.

Schaut man allerdings genau hin, fällt auf, dass dieselben Städte gerne viel Geld ausgeben. Darf es nicht auch ein bisschen teurer sein?, scheint ihre Maxime zu sein. Die geplanten Stadtzürcher Schulpavillons kosten ein Drittel mehr als diejenigen in Uster. Das neue Hardturmstadion soll doppelt so teuer werden wie die schicke Luzerner Arena. Und die Stadt Bern, mit 125 000 Einwohnern eigentlich ein grosses Dorf, leistet sich eine eigene Schulbürokratie, um die rotgrünen Bildungsideale gegen den bürgerlichen Kanton zu verteidigen.

Eben haben die Stadtzürcher Stimmberechtigten 88 Millionen für die Erweiterung des Kunsthouses gesprochen. Und sich damit quasi selber eine neue Zentrumslast aufgebürdet. Für wen? Für die Schwyzer, Zuger, Schaffhauser und Aargauer, deren dringender Wunsch es ist, auf Kosten der Zürcher hoch subventionierte Kultur zu konsumieren? Wohl kaum. Viel eher haben sie es für sich selbst getan. Und für ihre Stadt. Damit eben gerade jene Schwyzer, Zuger, Schaffhauser, Aargauer und noch ein paar andere nach Downtown Switzerland kommen und in den Läden, Restaurants und Hotels dort einige Franken liegen lassen.

Wenn man verfolgt, wie die Universitätsspitaler um die teure Spitzenmedizin buhlen und Starchirurgen umwerben, als handle es sich um Fussballer auf dem Transfermarkt, dann wirkt die Diskussion um die Zentrumslasten nachgerade abstrus. Schliesslich gibt es kein Völkerrecht oder sonst eine unabänderliche Pflicht, wonach die Städte Universitäten, Opernhäuser oder Museen betreiben müssen.

Es ist vielmehr umgekehrt: Die Städte suchen solche «Zentrumslasten» bewusst, um im nationalen und internationalen Standortwettbewerb attraktiv zu sein, zu werden oder zu bleiben. Sie sollen daher endlich aufhören, zu jammern. Und sich einfach das leisten, was sie sich leisten wollen. Und das dann so einrichten, dass sie es sich auch leisten können.